

Ahoi!

Willkommen zum 24. Newsletter der Piratenpartei Deutschland. Heute: Neues aus dem Bund, den Landesverbänden, von den JuPis und aus den Medien. Außerdem ein Interview mit den neuen Beauftragten für den 3. Korb. Viel Spaß beim Lesen,

deine Flaschenpost-Redaktion!

### === Neues aus dem Bund ===

#### **Creative Commons-lizenzierte Notenblätter für Advents- und Weihnachtslieder**

Alle Jahre wieder zur Weihnachtszeit kommt die Lizenzierungsproblematik von Notenblättern auf. Seit gut einem Jahr bietet die GEMA Tarife für Kindergärten und Vorschulen an, damit auch diese Bildungseinrichtungen rechtssicher Kopien davon anfertigen können. Natürlich wird dafür ein entsprechender Obulus fällig. Aus diesem Grund sucht der Musikpiraten e.V. [Notenblätter](#) gemeinfreier Advents- und Weihnachtslieder, die entweder unter Creative Commons lizenziert sind, oder von den Urhebern sogar als gemeinfrei ausgezeichnet wurden. Der Verein lobt hierfür sogar einen kleinen finanziellen Anreiz aus.

"Bildungseinrichtungen sollen sich auf ihren vorrangigen Zweck, das Vermitteln von Bildung, konzentrieren können, statt sich um Lizenzproblematiken zu kümmern." erklärt Christian Hufgard, 1. Vorsitzender des Musikpiraten e.V.. "Niemand kommt auf die Idee, dass es strafbar sein könnte, Kopien der Noten von Jahrhunderte altem Liedgut anzufertigen. Vor allem, da auch Abgaben für die Kopiergeräte gezahlt werden. Und trotzdem müssen die Kopien in den meisten Fällen nochmal explizit bei der GEMA bezahlt werden. Unser Ziel ist es, ein kleines Notenbuch mit Liedern für die Vorweihnachtszeit zusammenzustellen, dass jeder legal und kostenfrei kopieren und verteilen darf."

Für die ersten 20 eingereichten neuen Partituren bot der Verein eine Aufwandsentschädigung von jeweils 10€ an, dieses Ziel wurde jedoch schon am ersten Tag erreicht. Sollten sich Spender finden, die die Aktion unterstützen, werden natürlich auch noch weitere Helfer belohnt. Um teilzunehmen müssen die Noten in Form von LilyPond-Dateien vorliegen. Mit dem [freien Notensatzprogramm](#) können sehr einfach professionell ausgestaltete Notenblätter erstellt werden und es existieren verschiedene grafische Eingabeprogramme, wie z.B. Denemo. In den Dateien müssen neben den Noten auch die Liedtexte enthalten sein. Ebenfalls gewünscht aber nicht zwingend notwendig sind Gitarrenakkorde.

Autor: mr

#### **Interview mit den Beauftragten zum dritten Korb**

*Flaschenpost: Hallo Bastian. Hallo Kathi. Es ist schön, dass ihr euch dieses wichtigen Themas annehmt. Wie kam es zu dieser Beauftragung?*

**Bastian:** Der ganze Urheberrechts- und Lizenz-Komplex begleitet mich jetzt schon seit ein paar Jahren und so hab ich natürlich auch die fatalen Urheberrechts-Änderungen der letzten Jahre mit verfolgt. Seitdem im Juni die ersten Anhörungen zum Dritten Korb begonnen haben, hat sich bei den Piraten nicht mehr viel zu dem Thema getan (vgl. <http://web.piratenpartei.de/Pressemitteilung-100613-Presseverleger-Wissenschaftler-oder-Nutzer-Wer-kriegt-den-Dritten-Korb>). Inspiriert durch die gute Arbeit durch die Beauftragungen bei INDECT, ACTA & Co habe ich zusammen mit Kathi überlegt, ob es nicht sinnvoll wäre so etwas auch für den 3. Korb zu initiieren. Nachdem wir das Thema

mit Wolfgang Dudda und Andreas Popp besprochen haben, kam es dann zu der Ausschreibung, für die sich sowohl Kathi als auch ich beworben haben. Und obwohl die Beauftragung vorläufig nur auf mich gefallen ist, werden wir das Thema zusammen bearbeiten. Gerade weil Kathi in Berlin bei den meisten Veranstaltungen direkt vor Ort mitwirken kann, bietet sich das natürlich besonders an.

Kathi: Ich war von Bastians Idee auch gleich begeistert. Durchs Studium (elende Theorie...) und durch die Arbeit in einer wissenschaftlichen Bibliothek (noch elendere Praxis) habe ich leidvolle Erfahrungen mit dem aktuellen Urheberrecht gemacht. Wenn nun um den Dritten Korb gerungen wird, müssen die Piraten dringend für die Rechte der Nutzer eintreten. Besonders die Privatanutzer - die wir alle sind - haben so gut wie keinen Fürsprecher in diesen Beratungen. Ich habe aber nur wenig Hoffnung, dass bei den nächsten Anhörungen die Piratenpartei irgendwie einbezogen wird. Das, was wir bisher davon mitbekommen konnten, kam ausschließlich von den wenigen engagierten Urheberrechtlern und Wissenschaftlern, die angehört wurden. Die spärliche Presseberichterstattung drehte sich fast nur um eigenes Terrain, das Leistungsschutzrecht für Presseverleger.

*Flaschenpost: Um was handelt es sich überhaupt genau bei dem dritten Korb?*

Bastian: Als "Dritter Korb" wird das dritte „Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ bezeichnet, das derzeit von Justizministerium und Bundestag vorbereitet wird. Die umfangreiche Reform des deutschen Urheberrechts wurde durch die Richtlinie zum Urheberrecht im Informationszeitalter der Europäischen Union von 2001 nötig. Und obwohl der Titel der Richtlinie und der Gesetze sich so fortschrittlich anhört, sollte man sich davon unter keinen Umständen blenden lassen. In den ersten beiden "Körben" wurde das Urheberrecht unter dem Einfluss der Verwerter-Lobby und auf Kosten der Allgemeinheit massiv verschärft.

Kathi: Die bekanntesten Beispiele dafür sind in Piratenkreisen wohl das Verbot von "offensichtlich rechtswidrig hergestellten Vorlagen" Privatkopien anzufertigen und der rechtliche Schutz von DRM-Systemen. Aber auch im Bereich Bildung und Wissenschaft wurde die Nutzung von geschützten Werken in Intranets sehr restriktiv, um nicht zu sagen, realitätsfern gefasst. Diese Sachen wurden bereits im Ersten Korb 2003 durch die rot-grüne Koalition beschlossen. Dem Zweiten Korb von 2007 verdanken wir schließlich die Kriminalisierung von Peer-To-Peer-Tauschbörsen und die anschließenden Massenabmahnungen. Aber zum Beispiel auch, dass Bibliotheken digitalisierte Werke an Computer-Arbeitsplätzen nur so häufig anzeigen dürfen, wie analoge Varianten im Bestand vorhanden sind. Die sich durch die Digitalisierung ergebenden Chancen wurden hier eindeutig verspielt. Und die Bedingungen in der Privatkopie-Schranke wurden in beiden Gesetzen so weit ausgedehnt, dass diese heute praktisch nicht mehr zu gebrauchen ist.

Bastian: Und es ist zu befürchten, dass sich die Lage nach dem Dritten Korb nicht verbessern, sondern noch weiter verschlechtern wird...

*Flaschenpost: Wie weit ist denn der Prozess um den dritten Korb?*

Bastian: Die Arbeit an dem Dritten Korb hat im Juni diesen Jahres angefangen. Federführend war bisher das Bundesjustizministerium, weshalb die Konsultationen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfanden. Und so hatten nicht nur wir als Piraten keine Möglichkeit daran teilzunehmen, sondern es wurde auch die breite Öffentlichkeit so ihrer Mitwirkung in diesem Stadium beraubt. Stattdessen wurden mit den Lobbyvertretern der Verwertungsindustrie mal wieder die üblichen Verdächtigen an den Tisch gebeten. Wenn im nächsten Jahr der Deutsche Bundestag bzw. der Rechtsausschuss die Beratungen übernimmt, hoffen wir, dass dies transparenter geschieht. Einer der zentralen Punkte soll zumindest das Urheberrecht für den Wissenschafts- und

Bildungssektor sein. Bislang wurden Forderungen seitens der Wissenschaftsgemeinschaft immer vertröstet, und so ist es kein Wunder, dass Deutschlands Open-Access-Bewegung in vielen Bereichen noch in den Kinderschuhen steckt. Wir unterstützen die Forderungen des Aktionsbündnis „Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft“ und hoffen, dass dieser Zusammenschluss von zahlreichen Wissenschaftsorganisationen genug Gehör findet. Und auch wenn mittlerweile viele Fraktionen angekündigt haben ein unabdingbares Zweitverwertungsrecht zu begrüßen, sollte man hier weiterhin wachsam sein.

Kathi: Außer zur Förderung von Open Access hat man wenigstens noch eine Anhörung zum Problem der "verwaisten Werke" durchgeführt. Das sind solche nicht wenigen Werke, dessen Rechteinhaber nicht auffindbar oder feststellbar sind. Dies ist bei einem Urheberrecht, das 70 Jahre nach dem Tod des Urheber andauert, schon beinahe vorprogrammiert, zumal bei Werken, an denen mehrere Personen beteiligt sind wie zum Beispiel Filme. Das Fatale an der Situation ist, dass zum Beispiel Archive und Museen, die solche Werke gerne digitalisieren und verfügbar machen würden (und es wegen Medienzerfalls sogar müssen!), dies nicht dürfen bzw. sich strafbar machen, wenn sie es dennoch tun. Im Zweifelsfall können sie für ihre Arbeit, das kulturelle Erbe zu erhalten, verklagt werden. Dieses Risiko gehen öffentliche Institutionen - im Gegensatz zu Google - in der Regel nicht ein. Hier müssen also dringend Regelungen geschaffen werden, die den allgemeinen Zugang zu diesen Werken ermöglicht und sichert.

Bastian: Ein wichtiger Punkt bei dem wir Piraten die Augen unbedingt offenhalten und aktiv werden sollten, ist das Leistungsschutzrecht für Presseverleger, das in den letzten Wochen und Monaten oft durch die Medien geisterte. Die Verlage arbeiten auf ein eigenes Schutzrecht hin, durch das zur Vervielfältigung nutzbare Geräte mit Abgaben belegt werden sollen. So wie Urheber bzw. Verwerter durch Pauschalabgaben auf Druckern, CD-Rohlingen, Computern etc. entschädigt werden, wollen die Verleger nun ihre "Leistung" noch einmal zusätzlich entlohnt haben. Dabei ist besonders bedenklich, dass sich die Entwürfe der Verlage gegen Suchmaschinen wenden. Dienste, die nur kleine Informations-Häppchen aggregieren, remixen und verlinken, wie Google News beispielsweise, sollen so nicht nur zur Vergütung gezwungen werden. Gleichzeitig wollen die Verlage ein Verbotsrecht eingeräumt haben. Damit wackelt sogar die Freiheit des Zitats und damit die Informations- und Meinungsfreiheit! Leider hat sich die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger bisher hinter diese Forderung gestellt (vgl. <http://donutpiraten.wordpress.com/2010/06/16/sls-die-berliner-rede-zum-lexspringer/>)

Kathi: Darüber hinaus sind Dinge wie eine weitere Einschränkung der Privatkopie und auch ein Verbot intelligenter Aufnahmesoftware für Webradios im Gespräch. Es gibt also mehr als genug Gründe, wieso wir uns sorgen sollten.

*Flaschenpost: Und was können wir Piraten dagegen unternehmen?*

Bastian: Damit der Dritte Korb nicht zu so einem der Allgemeinheit schädlichen Machwerk verkommt, müssen auch wir Piraten jetzt aktiv werden. Und das heißt vor allem den Widerstand in der breiten Bevölkerung zu aktivieren und so gut es geht zu bündeln, um das Feld nicht wieder der Verwerter-Lobby zu überlassen. Im ersten Schritt sind wir gerade dabei hier den Kontakt zu ähnlich eingestellten Organisationen herzustellen. Und da das Feld Urheberrecht kein gerade Kleines ist, brauchen wir natürlich noch Unterstützung. Sei es durch Leute, die in der Materie bereits tief drin stecken, sei es durch Leute die Werbematerial entwerfen können, Texter und ja: Eigentlich all diese Dinge, die man für eine Kampagne benötigt. Denn auch wenn der Gesetzesentwurf noch vergleichsweise am Anfang steht, sollten wir uns darauf einstellen, dass wir auch mit diesem Thema auf die Straße müssen.

Kathi: Und wenn man weiterdenkt, ist eine breite Diskussion und eine weitergehende Positionierung der Piraten zum Urheberrecht natürlich sehr wichtig. Auch

da gibt es noch viel zu tun, wie man bei den Diskussionen zu den Urheberrechts-Anträgen auf dem Parteitag in Chemnitz gesehen hat. Aber das ist eine andere Baustelle. :)  
Wenn ihr uns also in dem Kampf um den Dritten Korb unterstützen wollt, dann meldet euch bei Bastian oder Kathi.

#### Kontaktdaten

Bastian:

[bgreshake@googlemail.com](mailto:bgreshake@googlemail.com)

+49 176 213 044 66

[gedankenstuecke@jabber.ccc.de](mailto:gedankenstuecke@jabber.ccc.de)

@gedankenstuecke

Kathi:

[kathi@woitas.org](mailto:kathi@woitas.org)

skype: kwoitas

@library\_pirate

Autoren: Bastian Greshake & Kathi Woitas

#### **Bundesausschusssitzung vom 18.11.**

In der Sitzung vom 18.11.2010 ist wieder einiges geschehen:

Der bisherige ACTA-Koordinator Stephan Urbach sowie der internationale Koordinator Ralph Hinterleitner sind aus persönlichen Gründen von ihren Beauftragungen zurückgetreten. Beide waren auch immer zuverlässige Ansprechpartner für unsere Redaktion - an dieser Stelle auch von unserer Seite ein herzliches Dankeschön und alles Gute für die Zukunft.

Der Bundesausschusssitzung 2011.1 wurde [offiziell ausgeschrieben](#). Die Gliederungen sind aufgefordert, ihre Vorschläge bis zum 4.12. bei Andi Popp einzureichen.

Wie immer gibt es das [Protokoll](#) auch online.

Die nächste Sitzung findet am 2.12.2010 statt.

Autor: gt

#### **=== Internationales ===**

##### **Des ACTAs erster Streich**

Das von Datenschützern und Bürgerrechtlern massiv kritisierte Handelsabkommen ACTA - Anti-Counterfeiting-Trade-Agreement - soll Ende November den ["letzten rechtlichen Schliff auf einer technischen Ebene"](#) in Sydney bekommen. Dort soll nur noch an Formfehlern gearbeitet werden, jedoch sind inhaltliche Punkte nicht betroffen. Internet Service Provider [warnten](#), dass ACTA über geltendes Recht hinausgehe.

Derzeit steht in den Vereinigten Staaten von Amerika das erste Gesetz zur Verabschiedung, welches die weitreichenden Auswirkungen des Anti-Produktfälschungs-Handelsabkommens aufzeigt. COICA, Combating Online Infringement and Counterfeits Act, soll laut dem vorliegenden [Entwurf](#) DNS-Sperren von Webseiten zulassen, welche sich nach Ansicht der Rechteinhaber (Musikindustrie, ...) "gesetzwidrigen Aktivitäten widmen". So können auch Webseiten betroffen sein, die sich mit dem Thema File-Sharing offen auseinandersetzen. Unter anderem [wird befürchtet](#), dass auch kritische Blogs und alternative Nachrichtenseiten gesperrt werden könnten, die unvoreingenommen über File-Sharing und den Umgang damit berichten.

Technisch gleicht das Gesetzesvorhaben dem [Zugangerschwerungsgesetz](#) und lässt somit den Wirkungsgrad offen. Sicher ist hingegen, dass bei einem Staatsanwalt lediglich eine Petition des Rechtheverwerters nötig ist, um eine solche Sperre in Gang zu bringen. Als Rechtsmittel sollen laut dem COIC-Act betroffene Webseitenbetreiber eine Beschwerdemöglichkeit bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erhalten.

Autor: th

=== Piraten intern ===

### **Themenparkplätze oder das BGE im Parteiprogramm**

Auf dem Bundesparteitag im Mai sorgte vor allem zwei Beschlüsse für Aufregung unter den Piraten. Das war - wie sollte es anders sein - die "Einführung" von Liquid Feedback. Wir erinnern uns: Es gab zum einen den Beschluss, eine bundesweite LQFB-Instanz aufzusetzen und zur Umsetzung des Vorhabens 800,-€ bereitzustellen. Zum anderen den Beschluss, den nächsten BPT mit Hilfe von LQFB vorzubereiten. Zwei Beschlüsse, eine Geschichte. Die Befürworter feierten dies als Einführung eines Bundesliquid, als Vorstufe einer neuen Form von Direktdemokratie und verbindlicher Entscheidungen, je nach Gusto von der Bundesparteebene bis zur Bundesrepublik. Die Gegner verteufelten es als eben solches. Was daraus geworden ist wissen wir alle: Eine Flut von Themen und Anträgen, viel Spreu, wenig Weizen und eine Spielwiese für Piraten mit zu viel Zeit. Auf dem zweiten BPT wurde nicht ein einziger Antrag zu LQFB behandelt - das Thema hat offensichtlich doch nicht den Stellenwert, der ihm zunächst zugeschrieben wurde. Das Thema schaffte es im Alex-Müller-Verfahren nicht weit genug nach oben in der TO.

Auf dem letzten Bundesparteitag nun gab es wieder zwei Beschlüsse die für ähnliches Aufsehen sorgen und Diskussionen auf allen internen Medien verursachen: Eine Änderung im StGB, der wir uns an anderer Stelle widmen, und der ominöse [Antrag GP050](#), der ein "Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe" fordert. Das klingt doch erst einmal gar nicht so schlecht. Wenn Piraten sich dafür einsetzen, dass jeder Mensch einen adäquaten Internetzugang haben kann, ist das doch immerhin auch eine Form von gesellschaftlicher Teilhabe - wer von uns würde das bestreiten?

Was nun in diesen Antrag hineininterpretiert wird erinnert mich doch sehr an den damaligen Beschluss zu LQFB. Auch hier sieht der BGE-Befürworter die Forderung eines BGEs - lustigerweise genauso wie der BGE-Gegner, der darin das sieht was er befürchtet und darum dagegen Alarm schlägt. Eine dritte Gruppe sieht in den Meinungsbildern und der Ablehnung von anderen Anträgen zum BGE eine ablehnende Position der Partei zum BGE. Tatsache ist, dass die Wörter "bedingungslos" und "Einkommen" zusammen in einem Beschluss noch lange nicht bedeuten, dass wir ein BGE ins Parteiprogramm aufgenommen haben. Da wird so viel aufgebauscht: Auf der einen Seite wird feuchtfröhlich gefeiert, auf der anderen werden die Messer zum Kampf gewetzt. Dabei ist der Beschluss an sich nun wirklich nicht so spektakulär. Er wird von einigen als Ergänzung der Menschenrechte angesehen, von anderen als Einschreibung der Forderung nach einem BGE ins Grundsatzprogramm. In der Presse werden die Piraten mit einem Linksruck wahrgenommen und auch dargestellt. Ja, man kann es so lesen. Aber es steht da nicht - und Papier ist geduldig. Wenn die Diskussionen abgeklungen sind wird da immer noch stehen: "Die Piratenpartei setzt sich daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren und dabei auch wirtschaftliche Freiheit erhalten und ermöglichen."

Sei es nun LQFB oder das BGE. Beides kann man hineinlesen, wenn man es will. Aber man muss nicht. Man kann die Beschlüsse nämlich auch einfach wörtlich nehmen, wenn man will - und dann haben wir plötzlich nur noch mit Hilfe von LQFB einen Parteitag

vorbereitet - und dafür ein bisschen Geld ausgegeben - und wir setzen uns für Teilhabe jedes Menschen an der Gesellschaft ein. Mit unserem Programm kann jeder nach seiner Façon glücklich werden. Das ist im Grunde auch nicht weiter problematisch. Man muss sich dessen nur bewusst sein. Wir gehen neue Wege. Wir parken Themen - wenn auch manchmal im Halteverbot.

Welchen Schluss ziehen wir nun daraus? Es scheint bei uns Piraten einfach üblich zu sein, schwierige Themen auf eine Art unterzubringen, in der jeder sehen kann was er sehen will. Anträge, die auf diese Art formuliert sind, haben offensichtlich eine höhere Chance angenommen zu werden. Das ist nur natürlich, denn dadurch werden sie für einen größeren Prozentsatz der abstimmenden Piraten akzeptabel. Die Frage ist nur wohin uns das führt - und ob wir dabei letztlich noch wissen, wofür wir nun eigentlich stehen. Diese Form von Hysterie zu einzelnen Beschlüssen ist übertrieben. Zum nächsten BPT wird sich auch darum niemand mehr scheren. Die Piraten sollten sich aber dringend überlegen ob sie ein derart schwammiges Programm haben wollen. So gewinnen wir kein Profil - ganz im Gegenteil, unser jetziges schwimmt.

Autor: gt

### **§173 StGB und was es damit auf sich hat**

Auf dem Bundesparteitag am letzten Wochenende wurde ein Beschluss gefasst, der seitdem allorts heiß diskutiert wird: "[Die Piraten setzen sich für eine Abschaffung des §173 StGB ein.](#)" Joachim Mönch hat für die Piraten erläutert, was es damit auf sich hat:

*Was heißt das eigentlich genau „Streichung des §173 StGB“?*

Joachim Mönch: Das heißt, dass wir eine sehr selten angewendete Strafvorschrift aus dem Strafgesetzbuch nehmen wollen, die eine bestimmte Form von einvernehmlichen Sex (nämlich den Beischlaf, also Vaginalverkehr) zwischen Erwachsenen, aber eben nah Verwandten bestraft.

*Aber so was bleibt doch nicht ohne Folgen für das Opfer?*

Joachim Mönch: Sexueller Missbrauch von Kindern oder Schutzbefohlenen wird hart bestraft und das ist auch gut so. Genauso wie z.B. Vergewaltigung zu Recht bestraft wird. Aber für all das gibt es eigene, andere Paragraphen, die die sexuelle Selbstbestimmung schützen. Der §173 StGB kommt nur zur Anwendung, wenn es kein solches Opfer gibt.

*Was wird denn dann geschützt?*

Joachim Mönch: Der Gesetzgeber sieht es als Vergehen gegen den Familienstand. Er sagt, dass solches Verhalten dazu führt, dass der Staat sonst nicht mehr die Familienverhältnisse feststellen oder garantieren kann. Dabei geht er davon aus, dass solcher Sex eben zu Kindern führt. Und das will er verhindern. Deswegen stellt er andere Formen von Sex, z.B. Analsex oder Oralsex, auch genauso wenig unter Strafe wie gleichgeschlechtlichen Sex unter nahen Verwandten.

*Aber dafür gibt es doch gute Gründe! Was ist denn mit Erbkrankheiten und so?*

Joachim Mönch: So hat man lange argumentiert, weil man ja um die Probleme bei Inzucht weiß. Deswegen hieß der Paragraph bei den Nazis auch noch „Blutschande“ - man fürchtete um die Reinheit des arischen Volkskörpers. Aber Inzest und Inzucht sind ganz verschiedene Sachen. Solche Phänomene entstehen, wenn über viele Generationen hinweg der gleiche genetische Pool genutzt wird. Das geht auch ganz ohne Inzest, z.B. bei den alten europäischen Königshäusern. Zudem kann man heute genauso Kinder auch



ohne Sex bekommen wie man Sex haben kann, ohne Kinder zu bekommen. Diese Gleichsetzung ist längst überholt – und die Vorstellung, es könnte so etwas wie „unwertes Leben“ geben, auch.

*Aber in Ordnung ist das doch trotzdem nicht, damit werden doch nur die natürlichen Familienbanden zerstört.*

Joachim Münch: Nicht die Zerstörung der Familienbanden ist Folge des Inzests, es ist umgekehrt. Es gibt eine natürliche Inzesthemmung, die ganz ohne Strafrecht funktioniert und die Familien zu solchen macht. Fehlt diese, kann es zu Inzest kommen. Man mag das für unmoralisch halten oder gar für krank – aber es ist nichts, worauf der Staat mit Strafen reagieren soll oder gar muss. Den meisten europäischen Länder fehlt inzwischen ein vergleichbarer Paragraph. Es ist dadurch nirgends zu einem bemerkbaren Anstieg der Inzest Fälle gekommen – es ist weltweit ein sehr, sehr seltenes Phänomen. Es ist auch sehr fraglich, ob es zerstörten Familien hilft, wenn der Staat in dieser Situation auch noch mit Strafen, etwa Haftstrafen, handelt. Hier sollte der Staat, wenn überhaupt, eher helfend und beratend eingreifen.

Autoren: gt, Joachim Mönch

### **An den Schalthebeln der Macht**

In der Flaschenpost war in den letzten Monaten viel von der Arroganz der Herrschenden zu lesen. Von der Art und Weise, wie ihre Projekte gegen die Interessen und den erklärten Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden. Wir alle wissen: wer an den Hebeln der Macht sitzt wird auf die, in deren Auftrag man eigentlich tätig ist, keine Rücksicht mehr nehmen.

Letzte Woche wurde mein fester Glaube an diese Naturkonstante schmerzhaft aufgefrischt. Dies geschah in der Münchener U-Bahn! Jeder Münchener weiß, dass die Bahnen chronisch überfüllt sind (Hauptstadtbewohner dürfen hier müde lächeln). Im Winter steht man wegen der dicken Mäntel, dicht an dicht. Im Sommer steht jeder steif und verkrampft, denn den Schweißgeruch der anderen Fahrgäste versucht man durch möglichst wenig Verwirbelung auf Abstand zu halten.

Wie dem auch sei: nach mehreren ausgefallenen Zügen kam endlich wieder eine Bahn eingefahren. Das Gedränge auf dem Bahnsteig war unbeschreiblich, die Enge in dem einfahrenden Wagen enorm. Und während die einen versuchten auszusteigen, strömten andere schon in die Wägen rein. Dieses hin und her hätte noch lange so weitergehen können, wenn nicht plötzlich die Durchsage *Zurückbleiben bitte* auf den wahren Herrscher des U-Bahnbetriebs aufmerksam gemacht hätte: den Fahrer. Kurz darauf schlossen sich die Türen. Sie trennten Paare, Herrchen vom Hund, klemmten einige Fahrgäste ein, hielten die drinnen, die noch raus wollten, und die draußen, die noch rein wollten. Aber immerhin wurde der Fahrplan eingehalten. Denn das ist schließlich die Aufgabe eines U-Bahnfahrers. Was zählen gegen dieses hehre Ziel die (Fahr-) Ziele der Fahrgäste?

Autor: mr

### **=== Neues aus den Landesverbänden ===**

#### **Baden-Württemberg**

Für die Erstellung eines neuen Verkehrskonzepts für Wollmatingen erfasst die Stadt Konstanz in Kürze mit Hilfe von Videotechnik die Kennzeichen vorbeifahrender Autos. Damit möchte die Stadtverwaltung die Ausgangs- und Endpunkte der jeweiligen

Autofahrten herausfinden. Die Piratenpartei Baden-Württemberg [kritisiert](#), dass hier in unverhältnismäßiger Art und Weise in die Privatsphäre der Autofahrer eingegriffen wird. Axel E. Fischer (CDU), der Vorsitzende der Enquête-Kommission Internet und digitale Gesellschaft im Bundestag, will eine Klarnamenspflicht für Kommentare in Internet-Diskussionsforen einführen und anonyme Meinungsäußerungen verbieten. Umgesetzt werden soll dies mit Hilfe des neuen elektronischen Personalausweises („ePerso“). Die Piratenpartei hält diesen Vorschlag für weltfremd und sieht darin eine [Gefahr für die Meinungsfreiheit](#).

Eine Nachlese des Nordbadentreffens findest du [hier](#).

Autor: sd

## **Bayern**

In einer Studie der Friedrich Universität Bamberg äußerten sich 17 Prozent aller Befragten, die die Piratenpartei kannten, dahingehend, dass sie sich „vorstellen könnten, in der Zukunft die Piratenpartei zu wählen.“ Ein erstaunliches Mobilisierungspotential für eine so junge Partei, [finden die Bayern](#).

Der Kreisverband München befürwortet einen Volksentscheid zum geplanten Stammstreckentunnel. Zum ePerso-Hack gab es einen Beitrag von Validom, der in mehreren Lokalradios bundesweit zu hören war. In Regensburg wird an einem Termin für Treffen mit einem CSU-Mitglied gearbeitet, der Stadtrat in Sulzbach-Rosenberg ist. Er hat eine Masterarbeit zum Thema „Zugangerschwerungsgesetz“ geschrieben.

Autoren: Aleks A. Lessmann & sd

## **Berlin**

Die Berliner Piratenpartei begrüßt die Entscheidung des Abgeordnetenhauses, das sich mit großer Mehrheit für eine [Kennzeichnungspflicht für Polizisten](#) aussprach. Die PIRATEN setzen sich bereits seit langem für eine Kennzeichnungspflicht in Form einer Nummernkennzeichnung ein. Eine Namenskennzeichnung lehnen sie aus Datenschutzgründen ab.

Zudem setzen sie sich kritisch mit den Äußerungen des Vorsitzenden der Enquête-Kommission Internet, [Axel E. Fischer](#), auseinander, der ein Vermummungsverbot und eine Ausweisungspflicht für Aktivitäten im Internet forderte.

Autoren: Philipp Magalski & Silke Dürrhauer

## **Bremen**

Erich Sturm, Vorsitzender des Landesverbandes Bremen, nahm an einer [Podiumsdiskussion zum Thema Web 2.0 und Politik](#) teil. Diese wurde unter anderem von der Konrad-Adenauer-Stiftung, in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltet. Die Diskussionsrunde umfasste weitläufig Themen wie Transparenz im Netz und der damit verbundenen Netzpolitik, die einzelnen Bemühungen von Partei und Stiftungsarbeit zu den damit verbundenen Themen und eine Podiumsdiskussion über Möglichkeiten und Gefahren der "neuen Medien". Details der Diskussion, sowie Inhalte und Redner findet ihr auf dem dazugehörigen Artikel auf der LV-Seite der Bremer / Bremerhavener Piraten. Mario Tants, Vorsitzender des Kreisverband Bremerhaven kommentiert die [EU-Beschwerde zum Kammerzwang](#) und [begrüßt die nun angestossene Überprüfung](#) der Pflicht der Industrie- und Handelskammer anzugehören. In seinem Artikel erläutert er, warum dieser Zwang in seine Augen verfassungswidrig ist und dem Prinzip der Niederlassungsfreiheit widerspricht.

Eine Rückschau des Parteitages in Chemnitz aus Bremischer Sicht findet ihr [hier](#), und [hier](#) eine Übersicht über alle angenommenen Anträge.

Die Piraten Bremerhaven verfassten einen [offenen Brief](#) an Thorsten Raschen von der CDU.



Außerdem schreiben die Bremerhavener einen [Praktikumsplatz](#) aus und bieten die Möglichkeit, im Rahmen eines Praktikums (ein bis drei Monate) die Arbeitsstrukturen einer Partei kennenzulernen. Dabei hat die Praktikantin/der Praktikant die Gelegenheit, neben der Teilnahme an Sitzungen und Mitarbeit bei der Büroarbeit auch die Parteistrukturen im Kreis- und Landesverband kennenzulernen.

Autoren: pr, sd, Johannes Kolbe

## **Hamburg**

Die Piraten Hamburg berichten kritisch über das [Pilotprojekt des Nacktscanners am Hamburger Flughafen](#). Sie erläutern über Probleme mit der Software und den damit verbundenen Mehraufwand für die Sicherheitskräfte und Passagiere. Trotz massiver Einwände von Experten startete am 27. September am Hamburger Flughafen der Pilotbetrieb des „Nacktscanners“. Dieser Test soll als Probelauf für eine bundesweite Einführung dienen. Wie die Bundespolizei bestätigte, müssen zeitweise alle Passagiere von Hand und mit Metalldetektoren nachkontrolliert werden, da die Fehlerquote bei der Überprüfung mit dem „Nacktscanner“ zu hoch ist.

Hintergründe zum Bundesparteitag in Chemnitz findest du [hier](#) und [hier](#).

Autoren: sd & pr

## **Hessen**

Wenige Stunden nach Veröffentlichung der „AusweisApp“ hat Jan Schejbal, Mitglied des Landesverbands Hessen, [eine schwerwiegende Sicherheitslücke gefunden](#). Christian Hufgard fordert daher, dass der Quelltext der von der BSI zertifizierten Software für die Nutzung der Online-Funktion des neuen Personalausweises [veröffentlicht werden soll](#). In einem [Urteil entschied der Europäische Gerichtshof](#) am 9.11.2010, dass die [Veröffentlichung von EU-Subventionsempfängern im Agrarbereich](#) in der bisherigen Form nicht dem Gemeinschaftsrecht entspricht und somit einzustellen sei. Wie lässt sich nun das Dilemma lösen, dass die Steuerzahler ein berechtigtes Interesse haben zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht? Transparenz und Datenschutz prallen augenscheinlich aufeinander.

Außerdem machen sich die Hessen Gedanken über das „[Handbuch des Terrors](#)“ und die Sicherheitsdebatte der letzten Tage.

Autor: sd

## **Niedersachsen**

Die Piratenpartei verurteilt das Vorhaben des Innenministers von Niedersachsen, Uwe Schünemann (CDU), und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), [Blutabnahmen ohne richterlichen Vorbehalt](#) durchführen zu lassen.

Angesichts der Geschehnisse rund um die Polizeieinsätze im Wendland schlägt die Piratenpartei den Einsatz von Drohnen in Innenministerien und Polizeidienststellen vor. Was gemeint ist? Lies [hier](#) nach.

Außerdem fassen die niedersächsischen Piraten die [Ergebnisse des Bundesparteitages](#) zusammen.

Autor: sd

## **Rheinland-Pfalz**

Nachdem das Berliner Abgeordnetenhaus am vergangenen Donnerstag mit großer Mehrheit für eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten votierte, fordert die Piratenpartei RLP die [Nummernschilder für Polizisten](#) auch für Rheinland-Pfalz.

Autor: sd

## **Saarland**

Die Piraten im Saarland [warnen vor einer Terrorhysterie](#): Im Vorfeld des Parteitags forderten sie eine unverzügliche Abrüstung in der aktuellen Terrordebatte und konkret auf Flughäfen und in Bahnhöfen. Der Anblick bewaffneter Kräfte mit Maschinenpistolen beeindruckt Terroristen nicht. Er verunsichere jedoch zufällige Passanten zutiefst und schüre Angst in der Bevölkerung.

Autor: sd

### **Sachsen-Anhalt**

Warum die Piraten in Sachsen-Anhalt einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten Professor Dr. Wolfgang Böhmer (CDU) schrieben, erfährst du [hier](#).

Autor: sd

### **Schleswig-Holstein**

Die schleswig-holsteinischen Piraten müssen mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, dass bisher kein vernünftiger und gerechter Vorschlag für ein [neues Wahlgesetz](#) von den im Landtag vertretenen Parteien vorgelegt worden ist, der die Forderungen des Verwaltungsgerichtes erfüllen kann. Die Piratenpartei Schleswig-Holstein hat am 11.11.2010 im Rahmen einer Pressekonferenz in Kiel ihren Vorschlag zur Änderung des Wahlgesetzes in 10 Eckpunkten vorgestellt. Inhaltlich sind klarere und gerechtere Mittel zur Repräsentanz der Ergebnisse Schwerpunkt, wobei nicht wie im vorherigen System die größten Parteien an verschiedener Stelle begünstigt werden und u.a. die Sperrmarke von 5% auf 3% gesenkt werden soll.

Ausserdem waren die Piraten bei der JMStV-Anhörung in Kiel vertreten.

Matthias Nagel hat bei den Oberbürgermeisterwahlen von Flensburg bei äußerst geringer Wahlbeteiligung (knapp 28%) fast 1% der Stimmen erlangt.

Das Landesverfassungsgericht von Schleswig-Holstein hat dem Landtag aufgetragen, bis zum 31. Mai 2011 das Landtagswahlrecht grundlegend zu reformieren und bis zum 30. September 2012 eine Neuwahl herbeizuführen.

In der Vergangenheit kam es insbesondere durch übermäßig viele Überhangmandate zu einer verzerrten Abbildung des Wahlergebnisses, zudem ist die aktuelle Regierung mit nur einem Abgeordneten mehr (durch Überhangmandate) überhaupt mehrheitlich im Landtag vertreten. Auch gilt eine gesonderte Regelung für die politische Vertretung der dänischen Minderheit (dem SSW), welcher von der 5%-Sperrklausel im ganzen Bundesland nicht betroffen ist.

Zu verschiedenen Konzepten, die zum Teil nur eine kosmetische Korrektur des jetzigen Konzepts sind, das vor allem die größten Parteien begünstigt, streiten die Parteien nun seit einiger Zeit ohne einer Lösung wirklich näher zu kommen.

Es wird um die Abschaffung oder die Beibehaltung der Zweitstimme gestritten, ob nun 40 oder 36 Wahlkreise, bei vielen Konzepten, handelt es sich zumeist um kleine Korrekturen die den Mindestanforderungen zur Veränderung zum Teil nur knapp genügen.

Der Landesverband der Piratenpartei hat nun unter Leitung von Dr. Heiko Schulze, Mitglied der Piratenpartei Schleswig-Holstein, ein 10-Punkte-Konzept erarbeitet und dieses gestern auf einer Pressekonferenz in Kiel vorgestellt.

Darin enthalten sind Vorschläge zur Verbesserung der derzeitigen Verhältnisse. So wird zum Teil eine Angleichung an bereits etablierte Modelle gefordert, die bspw. im Zuge der Bundestagswahl bereits gängig sind (11 anstatt 40 Wahlkreise), eine Veränderung der Wertigkeit von Erst- und Zweitstimmen, ein genaueres Auszählverfahren und eine Neugestaltung der Stimmenabgabe für den Wähler. Zudem fordert die Piratenpartei Schleswig-Holstein eine Absenkung der Sperrprozentmarke von 5% auf 3%.

Als außerparlamentarische Organisation hoffen die Piraten, dass Ihre ausgearbeiteten Vorschläge aufgenommen werden.

Links:

<http://www.piratenpartei-sh.de/pressemitteilungen-mainmenu/18-pressemitteilungen/385-piratenpartei-stellt-eckpunkte-fuer-ein-neues-wahlgesetz-vor.html>  
<http://www.piratenpartei-sh.de/images/downloads/wahlgesetz.pdf>

Autoren: sd & pr

## **Thüringen**

Auch die Thüringer machten sich Gedanken zum Bundesparteitag.

Autor: sd

## **=== Neues von den jungen Piraten ===**

### **Regionale Ansprechpartner der Jungen Piraten**

In einigen Regionen Deutschlands findet man außerhalb von Landesverbänden [Ansprechpartner der Jungen Piraten](#) wie zum Beispiel in Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg. Diese Ansprechpartner sind dazu da, interessierte Außenstehende oder auch Piratenparteimitglieder über die Jugendorganisation zu informieren. Hilfsbereit versuchen sie alle Fragen zu beantworten oder diese gegebenenfalls an andere Stellen weiterzuleiten.

Autor: Christina König

### **Junge Piraten auf der größten LAN-Party Deutschlands vertreten**

Vom 16. bis zum 19. Dezember ist es wieder so weit: Die größte LAN-Party Deutschlands, die „Northern LAN Convention“, findet in den Holstenhallen in Neumünster statt. Wie auch im letzten Winter nehmen die Jungen Piraten (JuPis) gemeinsam mit dem Pirate Gaming e.V. an der NorthCon teil.

Sven Krumbeck, Hauptorganisator von Pirate Gaming e.V., lädt zusammen mit den Jungen Piraten herzlich dazu ein, den Stand zu besuchen: „Dieses Jahr werden wir eine "Chill-Out Lounge" mit Retro Gaming anbieten. Ihr könnt euch auf feinste ATARI- und SNES-Aktionen freuen. Außerdem werden wir auf das Portal: 'Ich bin Gamer!' hinweisen. Das ist ein Gemeinschaftsprojekt von verschiedenen Gruppen, das Gamer einlädt Gesicht zu zeigen, um den Facettenreichtum der Computerspielszene darzustellen.“ Sven, der auch bei den JuPis sehr aktiv ist, ist nun im Namen der Piraten das 3. Jahr auf der NorthCon vertreten. Die Zusammenarbeit zwischen Pirate Gaming und den JuPis ist an dieser Stelle also kein Zufall.

"Wir wollen zeigen, dass Gamer keine Amokläufer sind, sondern ein Querschnitt der Gesellschaft, der einem spannenden und vielseitigen Hobby nachgeht", so Julia Reda Vorsitzende der Jungen Piraten. Der Stand soll dazu als Diskusstreff, Informationsanlaufpunkt oder als, wie oben geschildert, Ort zum Abschalten dienen. Bereits bei den letzten Auftritten der JuPis und von Pirate Gaming sei eine durchweg positive Resonanz zu vermelden gewesen, ein Besuch auf eine Runde "Pong" kann also nur wärmstens empfohlen werden.

Links:

<http://www.northcon.de/>  
<http://www.pirate-gaming.de/>  
<http://www.junge-piraten.de/>

Autor: pr

### === Neues aus den Medien ===

#### Wer schützt uns vor den Jugendschützern?

Zuerst erschienen auf <http://petertauber.wordpress.com/2010/11/22/wer-schutzt-uns-vor-den-jugendschuetzern/>

=====

Die Intention des Jugendmedienschutzstaatsvertrages ist es, Kinder und Jugendliche von entwicklungsgefährdenden Inhalten fern zu halten und illegale Inhalte nicht über Presse und Rundfunk zu verbreiten. Der Staat kommt damit seinem Schutzauftrag nach. Mit der Verbreitung von Internetanschlüssen in Haushalten, Schulen, Bibliotheken und anderen öffentlichen Einrichtungen scheint es auch online ein solches Schutzbedürfnis zu geben. In der Gesetzgebung sind Gesetze zum Internet bei den Ländern angesiedelt. Die Landesmedienanstalten zeigen sich zuständig, und hier liegt schon der erste Fehler. Das Internet ist kein klassisches Medium wie Zeitung, Radio oder Fernsehen. Es folgt nicht dem Konzept, dass es wenige lokale Sender und viele Empfänger gibt, und stellt kein klassisches Broadcasting-Medium dar. Im Internet ist jeder Nutzer sowohl Sender als auch Empfänger. Und dies weltweit. YouTube und soziale Netzwerke wie SchülerVZ zeigen, wie stark die klassische Grenze zwischen Produzenten und Konsumenten verschwimmt. Eine Unterteilung in Anbieter und Empfänger scheitert also schon von Grund auf.

Gesetze, die es TV-Sendern nicht gestatten, bestimmte Inhalte nur nach 22 Uhr zu senden, können auf ein globales Medium nicht angewandt werden, denn irgendwo ist immer 22 Uhr. Das Grundproblem liegt also in einer lokalen Gesetzgebung für Inhalte, die keine Grenzen kennen. Und selbst bei TV-Sendern lässt sich diese Regel in Zeiten von Satellitenfernsehen nur noch schwer einhalten, denn auch hier sind Inhalte in der Regel global verfügbar.

Die deutschen Jugendschützer lassen sich davon aber natürlich nicht beirren. Es wird fröhlich weiter reglementiert und eingeschränkt, um das alte Konzept wieder herzustellen: Nicht jeder darf alles zu jeder Uhrzeit sehen. Ganz perfide umgeht der aktuelle Entwurf des Ergänzungsvertrages zum JMStV nun das Problem, dass die Erde eine Kugel ist. Mit Jugendschutzfiltern. Diese sollen angeblich helfen: Die Webseiten müssen nur gekennzeichnet werden. Dann bekommt keiner, der zu jung ist, irgend etwas Anstößiges zu sehen. Zumindest, wenn die Seite sich mit ihren Inhalten an Kinder und Jugendliche wendet, greift dieses Modell. Aber hier beginnt ein merkwürdiger Differenzierungsprozess, denn wie wird beurteilt, ob ich mich an Kinder und Jugendliche wende?

Wer darf eigentlich darüber urteilen, was für Kinder und Jugendliche geeignet ist und für welche Inhalte sie sich interessieren? Ist eine Website über Aufklärung erst ab 16 oder doch schon ab 12 geeignet? Der Arbeitskreis gegen Internet-Sperren und Zensur (AK Zensur) hat dazu ein spannendes Experiment gemacht. Das Ergebnis, wie zu erwarten war: Man ist sich nicht sicher.

Also stelle ich die Frage, warum eines der schärfsten Jugendschutzgesetze der Welt nun auch noch weltweit agieren möchte. Eine positive Auswirkung auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist jedenfalls nicht erkennbar, wenn man sie der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in Ländern mit weniger restriktiven Gesetzen gegenüberstellt. Eine Studie von pro familia aus dem Jahr 2006 gibt an, dass 25% aller schwangeren Minderjährigen unter 16 Jahre alt sind – trotz eines vorhandenen Jugendschutzes konnte dies nicht verhindert werden. Manch einer argumentiert nun, dass der Schutz nicht stark genug sei – ich sehe es eher so, dass er nicht funktioniert. Wir können unseren Kindern und Jugendlichen nicht vorschreiben, was sie lesen, hören und denken sollen.

Es liegt an uns, für sie da zu sein, wenn sie Fragen haben oder sich über Gelesenes oder Gehörtes austauschen möchten. Sie brauchen diesen Freiraum, die Impulse und

Gedanken anderer. Es ist dann unsere Aufgabe, das gemeinsam mit ihnen aufzuarbeiten, damit sie auch weiterhin differenzieren können. Und deswegen müssen wir sie vor den Jugendschützern schützen.

Autor: Stephan Urbach

### **Axel E. Fischer fordert Vermummungsverbot im Internet**

Axel E. Fischer (CDU), der Vorsitzende der Enquête-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* im Bundestag, will eine Klarnamenspflicht für Kommentare in Internet-Diskussionsforen einführen und anonyme Meinungsäußerungen verbieten. Twitter, der investigative Nachrichtendienst für anonyme Bürgermeinungen brachte weitere Forderungen an den Tag: Axel E. Fischer, CDU, fordert Dosenpfand für Spam. Axel E. Fischer fordert, dass Epsilon auch kleiner null sein darf. Axel E. Fischer fordert künstliche Intelligenz, um auszugleichen was ihm die Natur nicht gegeben hat. Axel E. Fischer, CDU, fordert schärfere Regeln für die heisenbergsche Unschärferelation. Axel E. Fischer fordert Frauenquoten für man-pages. Axel E. Fischer fordert : "Internet-Explorer" darf sich nur nennen, wer eine mindestens 7jährige Ausbildung mit bestandener IHK-Prüfung hat". Axel E. Fischer fordert mehr Farbenvielfalt bei Bluescreens. Axel E. Fischer fordert Festplatten nur noch an Feiertagen. Axel E. Fischer fordert Abwehrraketen gegen Androids. Axel E. Fischer fordert Rauchmelder gegen Firefox. Axel E. Fischer fordert Schwimmwestenpflicht bei Liquid-Feedback-Nutzung. Axel E. Fischer fordert Einführung der Todesstrafe für Killerspieler. Axel E. Fischer fordert Einsatz der Bundesmarine zur Bekämpfung von Softwarepiraterie. Und gerade erreichte uns der neuste Unsinn: Axel E. Fischer fordert die Herausgabe der Privatadressen sämtlicher ihn beleidigender Twitteraccounts! Deshalb gilt unser besonderer Dank an dieser Stelle *frl\_sm11la!*

Autor: mr

### **Die Polizei dein Freund und (Bei)helfer**

Wenn man keine handfesten Beweise oder nicht genug für eine medienwirksame Festnahme hat, dann konstruiert man eben welche.

Was wie die abenteuerliche Handlung in einem Agentenfilm klingt, scheint laut der Behauptung des Anwalts des am 5. November festgenommenen mutmaßlichen Attentäters, der mit der „Sauerland-Gruppe“ sympathisiert, Realität zu sein.

Aussagen des Inhaftierten bzw. seines Anwaltes ist zu entnehmen, dass besagter Mann aus Kamerun von einem V-Mann der Polizei angestiftet wurde, seine Bombendrohungen bei Youtube zu veröffentlichen und in diesen zu fordern, dass der inhaftierte islamistische Terrorist Daniel S. Freigelassen wird.

Der Anwalt erhebt schwere Vorwürfe gegen die Ermittlungsart, bzw. das Vorgehen der Polizei um ihre seit Monaten getätigte Observierung zu einem Erfolg zu bringen.

Auf einem der Drohvideos soll neben dem 18-jährigen Kameruner noch eine weitere Person zu hören sein, die eine der Botschaften verliest. Wenn es sich dabei, wie der Anwalt der Inhaftierten behauptet, um den eingeschleusten V-Mann handelt, würde sich dieser ebenso strafbar machen wie der inhaftierte Kameruner selbst, denn Informanten dürfen keine Straftaten begehen oder dazu anstiften. Selbst der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft schließt eine zweite Person nicht aus.

Der Generalstaatsanwalt und das Landeskriminalamt kommentieren die Beschuldigungen nicht, wohl gibt der Staatsanwalt zu, dass - Zitat: „bei der Verfolgung von Straftaten mit extremistischem, radikal-islamistischem und militantem Hintergrund ist es durchaus üblich, V-Männer einzusetzen“.

„Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sei der Einsatz von V-Männern laut geltender Rechtssprechung ein anerkanntes und zulässiges Mittel zur Strafverfolgung“, so der Generalstaatsanwalt weiter.

Ob es sich hier also um eine äußerst geschickte Verteidigungstaktik des Anwalts des Inhaftierten handelt, oder ob hier seitens der polizeilichen Ermittlungen und den dazu eingesetzten Mitteln weit übers Ziel hinausgeschossen wurde, sollen weitere Ermittlungen der Generalstaatsanwalt ergeben.

[http://www.n24.de/news/newsitem\\_6431109.html](http://www.n24.de/news/newsitem_6431109.html)

[http://www.n24.de/news/newsitem\\_6443577.html](http://www.n24.de/news/newsitem_6443577.html)

Autor: pr

### **Schwäbischer Pirat setzt Segel gegen Raubkopierklischee über die Piratenpartei**

In der kommenden M! Games (auch bekannt als Videospieldmag Maniac) wird ein 2-seitiger Artikel über die Piratenpartei und ihre Haltung gegenüber "Raubkopien" veröffentlicht werden. Hier ist, neben einem Interview mit Andi Popp etwas Aufklärungsarbeit in Sachen Piratenmeinung zu den Themen Urheberrecht und persönlichen Kopien gemacht worden.

Zu diesem Interview kam es durch eine Falschbehauptung in einem früheren Heft des Magazins, indem von der Gesellschaft zu Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen e.V. (GVU) behauptet wurde, die Piratenpartei hätte sich aus hartnäckigen Raubkopierern gegründet.

Fritz Effenberger, stellv. Vorsitzender des Bezirksvorstandes Schwaben bat daraufhin um ein Interview zur Gegendarstellung seitens der Piratenpartei. Dieses wurde ihm ein paar Wochen später zugesagt.

Zitat Fritz:

"Der Cybermedia-Verlag liegt im Bezirk Schwaben (Bayern), also fühlte ich mich zuständig und nahm Kontakt zur Redaktion auf, mit der Anregung zu Richtigstellung durch einen Folgeartikel unter Mitwirkung der urheberrechts-kompetenten Piraten. Ich konnte zusätzlich meine frühere Tätigkeit als Spieleredakteur in die Waagschale, werfen (1997-2000 Power Play) und deshalb sozusagen "von Kollege zu Kollege" sprechen. Wenige Wochen später meldete sich der Redakteur des Artikels. Ihm war die Einseitigkeit des "Raubkopie-Reports" wohl bewusst, und die Idee eines zweiten Artikels mit Richtigstellung durch die Piratenpartei gefiel ihm sichtlich," so unser schwäbischer Pirat.

"Wir trafen uns bei strahlendem Frühsommer-Sonnenschein in einem Augsburger Biergarten und diskutierten das Thema ausgiebig; Bundes-Vize Andi Popp steuerte später ein Fern-Interview bei. Das Ergebnis liegt jetzt an den Kiosken."

Ein ehrlicher Einsatz für eine gute Sache verdient Beachtung, deshalb danken wir Fritz für sein "beherztes Eingreifen".

<http://www.maniac.de/>

Autor: pr

### **Union fordert Strafen für Demonstranten**

[Wie die FAZ berichtet](#), fordert die Union nach den Castortransporten eine Beteiligung der Demonstranten an den Kosten für den durch sie notwendigen Polizeieinsatz. Die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten wie z.B. Bußgelder reichen demnach zur Abschreckung von Straftaten im Rahmen von Demonstrationen nicht aus. Daher sollen z.B. Sitzblockaden als Ordnungswidrigkeit oder auch das Unterhöhlen von Gleisen stärker geahndet werden. „Rechtswidrig bleibt rechtswidrig. Daran ändert sich auch nichts, wenn



die Oppositionsparteien im Bundestag dazu aufrufen“, äußerte sich der bayerische Innenminister Joachim Hermann.

Autor: gt

### **Ein-Euro-Jobs laut Bundesrechnungshof nahezu wirkungslos für Arbeitnehmer**

Irgendwie erscheint es einem befremdlich, wenn der Bundesrechnungshof seine interne Studie zu den fast 280.000 Ein-Euro-Jobs in der Republik und deren Nutzen anprangert. Zusammenfassend stellt der BRH unter anderem fest:

- Viele Firmen nutzen Ein-Euro-Jobs nicht im Rahmen der vorgesehenen Konditionen. So stellen die Anstellungen in den seltensten Fällen zusätzliche Arbeiten dar, sondern ersetzen eine richtige und komplette Anstellung. Der Vorteil für den Arbeitgeber liegt auf der Hand: Lohnnebenkosten sind quasi nicht vorhanden, de facto handelt es sich von den Jobcentern verordnete Zwangsarbeit.
- Die dadurch erzielten Einsparungen veranlassen viele Arbeitgeber sich auf diese billigen Arbeitskräfte zu stützen, ihre Preise damit zu kalkulieren und den Wettbewerb dadurch auszustechen. Dies sind klare Charakteristika von Wettbewerbsverzerrung. Dies soll eigentlich nicht vorkommen. Viele Jobcenter sind hier allerdings schlampig in der Prüfung, überfordert oder im Vorfeld nicht überprüfend genug.
- In den allerseltensten Fällen werden durch Ein-Euro-Jobs neue Anstellungen generiert. Eine neue Stelle erlangen dadurch nahezu keine Ein-Euro-Jobber. Es wird lieber der nächste Ein-Euro-Jobber eingestellt. Sehr wenige Unternehmen haben aus diesem Wege die Chance ergriffen, einen bereits eingearbeitete Arbeitskraft in ein festes Beschäftigungsverhältnis zu bringen, so der Bundesrechnungshof.
- Die Regierung, die sich mit ihren Meldungen über sinkende Arbeitslosenzahlen vor einigen Tage selbst in den Himmel gelobt hat, rechnet diese über eine viertel Million Menschen aus Ihren Statistiken raus, obwohl diese als Hartz-IV-Empfänger nicht im wirklichen Sinne eine zufriedenstellende Anstellung gefunden haben oder vermittelt bekommen.

Zusammengefasst ist die Idee hinter dem Ein-Euro-Job mit viel Wohlwollen zwar gut gemeint, aber in der Praxis dadurch noch lange nicht gut gemacht. Hier werden Hartz-IV-Empfänger für einen Appel und ein Ei als Dumping-Arbeitskräfte an Unternehmen gegeben, die stichweise ihre Stammbesetzung dadurch entlassen, den Wettbewerb durch günstigere Preise ausstechen können, de facto keine Lohnnebenkosten für diese Mitarbeiter haben und diese dann als arbeitsfördernde Maßnahme noch nicht einmal bei guter Arbeit in eine Festanstellung erlösen.

Wir haben also ein Ausbeuter-Modell, dass durch überforderte oder wegschauende JobCenter gedeckelt wird, dessen Erfolg herbeigeredet wird und dessen Existenz aus den Arbeitslosenzahlen herausgerechnet wird.

Den Ein-Euro-Jobbern geht es oft nicht um das Beschäftigungsverhältnis, die damit verbundene Hoffnung vielleicht über diesen Weg wieder einen Job zu bekommen. Die Verteilung der Jobs scheint an dieser Stelle wahllos, oft nicht geprüft. Es geht vielen so, dass dies als Pflicht angesehen wird, da sonst Hartz-IV-Kürzungen drohen. Hier wird mit der Not der Menschen aufs widerlichste Geschäfte gemacht.

Die genannten Probleme sind nun keine Neuen, die Befürchtungen gab es von Anfang an. Sie wurden mit der Notwendigkeit niedergedredet, dass Empfänger von Transferleistungen einen Beitrag zum öffentlichen Gemeinwohl leisten können. Nun ist es belegt genauso eingetreten wie befürchtet. Wird sich daran etwas ändern? Ich glaube nicht. Es wird genau

wie bei den Leiharbeitsfirmen und deren Nutzung in der freien Wirtschaft kommen. Diese waren auch einmal angedacht um Anlauf zur Festanstellung zu sein.

Quelle:

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/hartz-iv-maengel-bei-der-arbeitsvermittlung-rechnungshof-giftet-gegen-ein-euro-jobs-1.1023715>

Autor: pr

---

Autoren:

Michael Renner (mr)

Silke Dürrhauer (sd)

Andreas Heimann (adh)

Thomas Herzog (th)

Gefion Thürmer (gt)

Patrick Ratzmann (pr)

Lektoren:

Stephan Beyer

Gregory Engels

Martin Taukovich

Sebastian Greiner

Feedback? Bitte an [redaktion@flaschenpost.piratenpartei.de](mailto:redaktion@flaschenpost.piratenpartei.de)

Für diesen Newsletter ist verantwortlich die

Piratenpartei Deutschland

Pflugstraße 9a

10115 Berlin

Fax: 030/27596805

E-Mail: [geschaeftsstelle \(at\) piratenpartei.de](mailto:geschaeftsstelle@piratenpartei.de)

Für den Newsletter ist im Bundesvorstand Wolfgang Dudda zuständig.